www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke Bezirksverband Mitte

mittendrin

Ausgabe 11 | 2026 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



Wohnen endlich wieder bezahlbar machen

Die Linke hat bei der Berlin-Wahl mit 25,7 Prozent einen historischen Wahlerfolg erzielt. Im Mittelpunkt des Wahlkampfs standen drei zentrale mietenpolitische Kernforderungen: Mietendeckel für kommunale Wohnungen, Behörde gegen illegale Mieten und Immobilienkonzerne enteignen.

Mit ihren 400.000 Wohnungen sind die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) der wichtigste Schlüssel für bezahlbares Wohnen in Berlin. Seit Kai Wegner Regierender Bürgermeister ist, sind die Mieten in fast allen dieser Wohnungen um 11 Prozent erhöht worden. Das spüren viele unserer Nachbar*innen direkt im Geldbeutel. Mit unserem Mietendeckel wollen wir die Mieten bezahlbar machen. Gleichzeitig wollen wir ein kommunales Wohnungsbauprogramm starten. In den kommenden 10 Jahren könnten so 75.000 neue, dauerhaft bezahlbare Wohnungen entstehen.

Mit unserem Mietwucher-Check haben wir mehr als 75.000 Fälle überhöhter Miete gesammelt. Wenn Vermieter eine Miete nehmen, die mehr als 20 Prozent über dem Mietspiegel liegt, kann das eine Mietpreisüberhöhung darstellen. Fast 5.000 Meldungen sind bei den Wohnungsämtern eingegangen, müssen dort nun verfolgt werden. Mit einer neuen Behörde auf Landesebene wollen wir konsequent gegen dreiste Vermieter vorgehen.

Auch beim Kampf gegen möbliertes Wohnen auf Zeit in Milieuschutzgebieten, illegale Ferienwohnungen oder bei der Einsetzung von Treu-

➢ Fortsetzung auf Seite 2

STADTENTWICKLUNG

Beispiel Wien für bezahlbares Berlin–
Contra profitträchtige Förderprogramme

Seite 3 ►

MENSCHEN IN MITTE

Magnet in der Leipziger Straße 61:
Vistel´s CelloMusikSalon

Seite 5 ►

WAHLDEBAKEL VON CDU & CO.

Der Hetzkampagne gegen Die Linke
nicht beugen

Seite 8 ►

➢ Fortsetzung von Seite 1

händern wollen wir die Bezirke unterstützen, entschlossen vorzugehen. Vor mittlerweile 5 Jahren hat sich eine deutliche Mehrheit für „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ausgesprochen. Für uns ist klar: Der Volksentscheid muss endlich umgesetzt werden! Vonovia & Co. tricksen bei den Mieten und Nebenkosten. Sie spekulieren mit unserem Zuhause an der Börse. Damit muss Schluss sein!

Im Sondierungspapier, das zwischen Linken, Grünen und SPD verhandelt wurde, sind zahlreiche unserer Kernforderungen bereits vereinbart: Mitte 2028 soll das Vergesellschaftungsgesetz kommen, um 160.000 Wohnungen in Gemeineigentum zu überführen. Die Mieten bei den LWU sollen max. 2 Prozent pro Jahr steigen dürfen. Mit unserer „Mietenaufsicht“ schaffen wir eine neue Behörde, die gegen dreiste Vermieter durchgreift, kostenfreie Mieterberatungen ausbaut und Hausgemeinschaften dabei unterstützt, sich gemeinsam gegen Vermieter zu wehren. Außerdem soll innerhalb eines Jahres die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass große Vermieter bei der Neuvermietung von Wohnungen eine feste Quote zu bezahlbaren Mieten an WBS-Berechtigte vergeben.

Es ist Zeit für ein neues Kapitel für Berlin. Gemeinsam mit den Berliner Mieter*innen wollen wir Geschichte schreiben und einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik einleiten. Mit Vergesellschaftung, Mietendeckel, Mietenaufsicht & Co. liegt ein ambitionierter Plan vor. Wenn Die Linke das umsetzen kann, wird das die Wohnungspolitik in Deutschland und darüber hinaus verändern.



Foto: Ben Gross Photography

Niklas Schenker,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus.

Sozialistische Politik für Berlin-Mitte nach den Wahlen

Die Linke Berlin-Mitte hat ein atemberaubendes Ergebnis bei den Berliner Wahlen erzielt: Mit fünf Abgeordneten ziehen wir ins Abgeordnetenhaus ein. In der BVV sind wir mit 33 Prozent stärkste Kraft und stellen 21 von 55 Verordneten. Damit haben wir auch Anspruch auf drei Mitglieder im Bezirksamt. Das ist ein großer Erfolg, den wir dank hunderter Aktiver in diesem Wahlkampf erreicht haben!

Wir kämpfen weiter für eine bezahlbare Stadt, für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und eine Wohnungspolitik, die die Mieter*innen ins Zentrum stellt. Dafür brauchen wir den engen Austausch mit den Menschen in unseren Kiezen. Zugleich wollen wir die vielen Mitglieder, die im Wahlkampf aktiv waren, langfristig einbinden und unsere Basis stärken.

Auch unsere Hauptversammlung im Dezember mit der Wahl eines neuen Bezirksvorstandss stellt wichtige Weichen. Unser Ziel: als Partei weiter wachsen, unsere Kräfte bündeln und gemeinsam konkrete Verbesserungen für die Menschen in Mitte durchsetzen. Auf der Hauptversammlung werde ich nach sechs Jahren als Bezirksvorsitzende nicht erneut kandidieren. Ich bleibe unserem Bezirksverband natürlich weiterhin eng verbunden und werde mit Euch gemeinsam für unseren Bezirk kämpfen. Danke für all das Vertrauen und die Unterstützung in den vergangenen Jahren!



Martha Kleedörfer

Die Linke hilft

... in Wedding

Rechts- und Sozialberatung
(mit Rechtsanwält*innen)

Jeden 1. und 3. Freitag im Monat,
16 bis 18 Uhr

Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin

Anmeldung erforderlich unter:
sozialberatung@dielinke-berlin-mitte.de

Sozialberatungen

Jeden Dienstag, 17 bis 19 Uhr Cocoon,
Exerzierstr. 14, 13357 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

Die Linke hilft

... in Moabit

Sozialberatung

Jeden 2. Freitag im Monat, 17 bis 19 Uhr
B-Laden, Lehrter Str. 30, 10557 Berlin

Sozialberatung

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 17 bis 19 Uhr,
Jonasstraße 7, 10551 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

Die Linke hilft

... in Mitte

Sprechstunde der Linksfraktion der BVV Berlin-Mitte

Jeden Mittwoch, 16 bis 18 Uhr

Rathaus Mitte (Raum 113 + 114),
Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

Die Linke hilft

... in Gesundbrunnen

Asyl- und Migrationssprechstunde

Jeden 2. Donnerstag im Monat 16 – 18 Uhr

Wahlkreisbüro von MdB Stella Merendino

Usedomer Str. 32, 13355 Berlin

Für Anmeldung und Fragen:
migrationsberatung@dielinke-berlin-mitte.de

Beratung zu Wehrdienst- und Kriegsdienstverweigerung

Jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat,
17 – 18 Uhr

Wahlkreisbüro von MdB Stella Merendino

Usedomer Str. 32, 13355 Berlin

Alle Beratungsangebote sind kostenlos.
Kein Problem ist zu klein und keines zu groß!

EINE BEWERBUNG

Lieber Leser, liebe Leserin
der „mittendrin“,

ich möchte hiermit eine Bewerbung bekanntgeben, ich möchte mich bei der CDU bewerben! Jetzt und direkt, um schlimmeres Absinken der CDU-Wählerzahlen zu verhindern. Vielleicht habe ich einen Helferkomplex oder ist es das Stockholmsyndrom? Ich weiß es nicht.

Ich möchte dabei helfen, dass nicht alle Abgeordneten der CDU ihr Mandat verlieren. Ein herausforderndes Unterfangen, da die CDU sich neuerdings wie ein aufgescheuchter Hühnerhaufen aufführt und somit schwierig unter Kontrolle zu bringen sein wird. Auch bin ich für den Posten, den ich mir erdacht habe, gänzlich unausgebildet, trotzdem denke ich, dass ich die anstehenden Aufgaben besser bewältigen würde, als es bisher getan wurde. Es geht mir um die Kommunikation der CDU mit der Außenwelt, da wird dringend Hilfe benötigt, ein strategischer Berater muss her.

Wenn man zum Beispiel die Wähler vor der laufenden Kamera belehrt, dass sie gefälligst zur Arbeit gehen und sich nicht morgens aus Faulheit spontan wieder ins Bett legen sollen – so wie es Jens Spahn getan hat – dann muss man auch selbst zur Arbeit gehen, anstatt mit Kind und Kegel nach Italien zu fahren und an alle Welt Fotos zu versenden. Liebe CDU, wir sind im digitalen Zeitalter angekommen, ChatGPT, Instagram, TikTok usw., es lässt sich nichts mehr verheimlichen, es kommt alles früher oder später heraus.

Auch ist es ungünstig, als Bürgermeister Tennis zu spielen, wenn die eigenen Wähler ohne Strom und Heizung bei Minusgraden ihre Notlagen selbst regeln müssen. Ich stehe als Beraterin zur Verfügung, Einladungen zum Vorstellungsgespräch sind bitte an die Redaktion der „mittendrin“ im Karl-Liebknecht-Haus zu senden.

Ich verbleibe mit
freundlichen Grüßen

Marie

Beispiel Wien für bezahlbares Berlin

Neuer Kommunaler Wohnungsbau statt der bisherigen profitträchtigen Förderprogramme

Die herkömmlichen Förderprogramme beim Sozialen Wohnungsbau in Berlin ermöglichten lediglich *befristete* Bindungen der Mieten beim Sozialbau. Denn die Mietpreis- und Belegungsbindungen liefen nach dem Ende der Förderperiode aus. Ergebnis war die ständige Verringerung des Bestands an Sozialwohnungen.



90 Prozent aller Wohnungen in Mitte sind Mietwohnungen

Durch öffentliche Investitionen statt der Einbeziehung teurer privater Investoren in die Förderprogramme können jedoch dauerhafte Bedingungen für eine soziale Wohnungsversorgung geschaffen werden. Denn die Wohnungsversorgung muss endlich als öffentliche Aufgabe angesehen und politisch durchgesetzt werden. Das entspricht schlicht und einfach der Berliner Verfassung. In ihr steht, dass jede(r) ein Recht auf angemessenen Wohnraum hat.

Als Gegenargument werden oft die hohen Kosten für eine Grundversorgung mit sozialem Wohnraum angeführt. Der Stadtsoziologe Andrej Holm hat allerdings am Beispiel Berlin ausgerechnet, dass sich allein von den milliardenschweren Subventionen, die als Kosten für die Unterkunft, als Wohngeld und als Steuergeschenke für Eigentümer Jahr für Jahr in die Taschen der Besitzenden geflossen sind, eine substanzielle und soziale Wohnungspolitik sehr wohl finanzieren ließe. Ein dauerhaft mietpreisgebundener Wohnungsbestand würde vor allem langfristig die öffentlichen Haushalte sogar spürbar entlasten.

Im Übrigen gab es bereits zahlreiche historische Beispiele, wie das Wohnen als allgemein notwendiger Bereich der Daseinsvorsorge öffentlich und jenseits des Marktes organisiert werden kann. Zwischen 1918 und 1934 gab es nämlich in der Hauptstadt Wien eine regierende Sozialdemokratie, die SDAPR, die noch eine politische Verantwortung besaß und einen bis heute nachwirkenden Bestand an preiswerten Gemeindewohnungen errichtete. So entstanden zwischen 1925 und 1934 über 60 000 Wohnungen in öffentlicher Hand – bis heute der größte Wohnungseigentümer in der österreichischen Hauptstadt. Finanziert wurde dieser Sozialbau aus einer Wohnbau- und einer Luxussteuer.

Ein durchschnittlicher Arbeiterhaushalt in den städtischen Wohnungen Wiens musste nur noch vier Prozent des Einkommens für die Miete bezahlen! Was das heute für einen Effekt auf die Binnennachfrage und die aktuellen Probleme, „Berlin bezahlbar zu machen“ hätte!

Durch progressive Besteuerung des privaten Immobilienbesitzes gelang es später, den privaten Wohnungsmarkt Wiens so weit einzuschränken, dass die öffentliche Hand in der Lage war, die freien Grundstücke preisgünstig aufzukaufen und die soziale Wohnungsversorgung Wirklichkeit werden zu lassen.

Was lernen wir daraus? Nur wenn die Immobilienbesitzer daran gehindert werden, ihren Besitz uneingeschränkt zu verwerten, können die Voraussetzungen für den Bau preisgünstiger Wohnungen geschaffen werden.

Rainer Scholz

Mitte bekommt einen Jugendbeirat

Am 7. November ist es so weit: Der Jugendbeirat Mitte konstituiert sich im Rathaus Mitte, worüber ich mich als Jugendstadtrat sehr freue. Damit bekommt die Beteiligung junger Menschen eine dauerhafte Stimme in der Bezirkspolitik. Der Beirat soll die Interessen von Jugendlichen zwischen 12 und 21 Jahren gegenüber Bezirksamt, Bezirksverordnetenversammlung und Öffentlichkeit vertreten.

Gute Politik entsteht nicht über die Köpfe der Menschen hinweg. Sie hört zu, nimmt unterschiedliche Perspektiven ernst und schafft Möglichkeiten, gemeinsam etwas zu verändern. Das gilt besonders für junge Menschen. Sie wissen selbst am besten, was sie in ihrem Alltag bewegt und was sich in ihrem Umfeld und ihrem Kiez ändern sollte. Die Themen sind dabei vielfältig: Schule und Bildung, Freizeit und Sport, Klima, Umwelt und Mobilität, öffentliche Treffpunkte, Gesundheit und ein gutes Zusammenleben. Dazu kommt das Fokusthema zu den Sichtweisen junger Menschen: Kosten, Armut und Inflation.

Die Mitglieder des neuen Jugendbeirats können eigene Ideen und Projekte entwickeln, Anliegen formulieren und ihre Perspektiven in politische Entscheidungen einbringen. Unter dem Motto „Entscheidungen werden besser, wenn diejenigen mitreden, die von ihnen betroffen sind“ wird der Beirat sowohl die neuen Verordneten der BVV, als auch das neue Bezirksamt, inklusive mich als wohl künftigen Bezirksbürgermeister herausfordern. Und das ist auch richtig so!

Mir ist wichtig, dass der Jugendbeirat auch die Vielfalt unseres Bezirks widerspiegelt. Deshalb soll die Mitwirkung möglichst barrierearm und inklusiv sein. Jugendliche können über Schulen und Jugendklubs oder andere Einrichtungen delegiert werden, sich selbstständig melden und werden über ein Losverfahren im Melderegister eingeladen. So sollen auch junge Menschen erreicht werden, die bisher wenig Gelegenheit hatten, sich politisch einzubringen und die bisherigen Beteiligungsformate noch nicht kennen.

Als Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit habe ich mich in der vergangenen Legislatur dafür eingesetzt, Beteiligung zu stärken und jungen Menschen echte Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu eröffnen. Mit der Gründung des Jugendbeirats gehen wir als Bezirk einen wichtigen Schritt weiter. Demokratie lebt davon, dass Menschen ihre Stimme erheben können – und dass ihnen zugehört wird. Ich freue mich auf die Ideen, Fragen und Impulse des Jugendbeirats, denn unser Bezirk gehört auch den jungen Menschen.



Logo Jugendbeirat Mitte: © Moabiter Ratschlag

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit

Wehende Winde, wehende Fahnen

Ein Bericht aus der neuen Bezirksverordnetenversammlung

Wo der Neuanfang freundlich den Abschied grüßt, kann es sein, dass wer so manches Tränchen vergießt. Doch schwenken wir fröhlich unsere Fahnen, eiskalte Winde wehen. Mitte, so ist es nach den Wahlen, ist in einem leuchtenden Rot zu sehen.

Berlin wird mit jedem kürzer werdenden Herbsttag ruhiger, jedenfalls so ruhig, wie eine Millionenstadt nur werden kann. Und jene eiskalten Winde, die ihre Kräfte nicht zurückzuhalten versuchen, tragen uns aus den Startlöchern rein in die nächsten fünf Jahre Bezirkspolitik. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist mit einer Vielzahl an neuen Fraktionär*innen beschenkt – wir sind auf das Dreifache gewachsen!

Neue Fraktionsmitglieder werden nun in die Fußstapfen wohlgeschätzter Menschen treten, die in der letzten Wahlperiode unzählige Abend- und Nachtstunden damit verbrachten, mit Wohlwollen und Warmherzigkeit das rote Mitte gerecht und sozial zu gestalten. Mit diesem Anliegen geht es weiter. Während nach der Wahl alle unglaublich tapferen Wahlkämpferinnen und -kämpfer eine wirklich nötige Pause brauchten, musste auch das politische Tagesgeschäft einen kurzen Moment ruhen. Solange, bis nach Verhandlungsrunden die Gründung unserer neuen BVV Ende letzten Monats das Bezirksamtsgeschehen so langsam aus seinem Schönheitsschlaf zu wecken begann.

Vor uns liegen viele Wege: sicher einige glatte, eventuell ein paar steinige, ja vielleicht auch unbegehbare. Wir werden über Höhen und Tiefen politischer Zeiten wandern, wie auch während Höhen und Tiefen der Temperaturen – immerhin gibt es in fünf Jahren fast zwei Dutzend Jahressaisonwechsel. Jedoch liegt vor uns auch eine gemeinsame Zeit. Diese werde ich mit stetiger Gewissenhaftigkeit als Geschäftsführerin begleiten dürfen, nachfolgend unserer Genossin Denise Verch. Zusammen mit Antonie Grütte bilden beide den Vorsitz unserer Fraktion im Bezirksparlament und sind mutig und voller Ehrenamts-Elan dabei, die Fraktion aus den Startlöchern und rein in eine neue Ära der Bezirkspolitik zu leiten. Und frieren unsere Hände noch nicht allzu sehr, so schwenken wir noch immer unsere Fahnen.



Jonna Karstädt,
Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke in der BVV Berlin-Mitte

KURZNACHRICHTEN

➤ SchulKinoWochen in Berlin

Berliner Schulklassen aller Jahrgangsstufen werden vom 13. bis 27. November den Unterricht ins Kino verlegen. Lehrkräfte können ihre Klassen für rund 250 Vorstellungen in 30 Kinos anmelden. Zu sehen sind über 50 Kurz- und Langfilme - von aktuellen Kinder- und Jugendfilmen über Dokumentarfilme bis zu Filmklassikern. In Gesprächen mit Filmschaffenden und Fachleuten können sich die Schüler*innen über die Filme austauschen und einen Blick hinter die Kulissen der Filmproduktion werfen. Mehr als 30.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene hatten 2025 am größten Filmbildungsfestival der Stadt teilgenommen.

➤ Fahrraddiebstahl am höchsten in Mitte

Schon 15 320 Fahrräder wurden dieses Jahr in Berlin gestohlen. Laut aktueller Statistik der Polizei war die Diebstahlsgefahr im Bezirk Mitte mit 2817 Rädern seit Anfang Januar am höchsten, gefolgt von Friedrichshain-Kreuzberg (2713) und Pankow (1554). Am meisten entwendet wurden Räder mit einem Wert bis 500 Euro (24 Prozent) und bis 2000 (22 Prozent), Bikes bis 5000 Euro (13 Prozent). Die Aufklärungsquote liegt nur zwischen 4,3 und fünf Prozent.

➤ Winterspielplätze wieder geöffnet

Neun Winterspielplätze, zumeist in Familienzentren, öffneten wieder im Bezirk Mitte. Familien mit kleinen Kindern können dort bis Ende März regelmäßig im Warmen toben. Fachkräfte leiten Bewegungsspiele an und bauen mit Familien Spiellandschaften auf. Das Angebot gehört zum Programm „Gesunder Bezirk Berlin-Mitte“ nach dem Vorbild der Weltgesundheitsorganisation. Die AOK unterstützt die Ausstattung.

➤ Demokratie in Vitrinen

Die Ausstellung „Demokratie in Mitte“ ist aktuell in den Vitrinen vor dem Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, zu sehen. Die Schau zeigt, wie Menschen im Stadtbezirk Demokratie leben und wie jeder mitwirken kann. Beispiele reichen von Nachbarschaft über freiwilliges Engagement bis zur Unterschriftensammlung. Ein Spiegel regt zum Nachdenken über die eigene Rolle an. Einmal pro Woche stellt sich eine Akteurin oder ein Akteur für Demokratie vor Ort vor.

Magnet in der Leipziger Straße 61: Vistel‘s CelloMusikSalon

Was zog in den vergangenen 17 Jahren mehr als 25.000 Gäste in die Leipziger Straße 61? Sie kamen zu rund 1.300 Konzerten in Vistel‘s CelloMusikSalon. Der Cellist Douglas Vistel aus Santiago de Cuba und die Berliner Pianistin Almuth Kraußer-Vistel, die seit 35 Jahren als „Duo Cello Capriccioso“ (eigenwilliges Cello) zusammen leben und arbeiten, laden dort seit September 2009 zu ungewöhnlichen musikalischen Erlebnissen ein.

„Diesen Ort inmitten Berlins haben wir gesucht“, sagen die beiden Musiker einstimmig, „und hier bleiben wir“. In ihrem „Wohnzimmer“ in dem ehemaligen großen Schuhgeschäft genießen die Besucher zwischen kubanischen Originalgemälden und tropischen Grünpflanzen Kammermusik vom Feinsten von Bach über Brahms und Schubert bis zu eigenen Kompositionen.



„Duo Cello Capriccioso“ Almuth Kraußer-Vistel und Douglas Vistel (Foto: Ralf Günther)

Kennengelernt haben sich Douglas, der schon in Kuba von sowjetischen Lehrern Unterricht im Cellospiel erhalten hatte, und Almuth, Absolventin der Berliner Musikhochschule „Hanns Eisler“, 1989 am Tschaikowski-Konservatorium in Moskau. Beim gemeinsamen Studium und auf einer Duo-Tournee durch Städte der Sowjetunion fanden sie ihre Liebe und gemeinsame Zukunft.

Diese begann dann 1992 mit der Arbeit an Musikschulen und Auftritten in Berlin und in der Heimat von Douglas, der einer wahren Musikerdynastie entstammt. Großvater, Vater, mehrere Onkels, drei Brüder und eine Schwester wirkten in namhaften Kapellen und Bands mit. „USA-Blockade und Wirtschaftskrise aber machten das Klassik-Musizieren in Kuba schwer“, bedauern die beiden. „Wir entschlossen uns zu einem neuen Lebensprojekt in meiner Stadt Berlin“, folgert Almuth. Ihren eigenen, für sie einmaligen Ort dafür haben sie in der Leipziger Straße gefunden.

„Im Vergleich zu anderen Konzerthäusern ist unser Angebot sehr speziell und außergewöhnlich“, meint Douglas Vistel. „Egal an welchem Tag oder zu welcher Uhrzeit kann man unseren Darbietungen lauschen, dabei spontan Wünsche äußern – ob in Familie, unter Freunden oder im Arbeitsteam. Neben den regelmäßigen öffentlichen Konzerten halten wir exklusive Spontan- und Privatkonzerte parat“. Jeden Monat gibt es außerdem Konzerte für Senioren und Schulklassen und ab und zu „Afterworkkonzerte“ nach Feierabend. Zur Tradition wurden der „Bach-Marathon“ im März zum Geburtstag des Komponisten, der „Berliner Cello-Sommer“ im Sommerloch der Theater und großen Bühnen und das „Cello-Fest der Nationen“. Mit „Guerillakonzerten“ überrascht der 61-jährige „Botschafter der Cellomusik“, wie Douglas Vistel respektvoll von Musikerkollegen genannt wird, spontan in Betrieben, Geschäften, Büros, Schulen, Kitas und Seniorenresidenzen.

Absoluter Höhepunkt für die Vistels ist auch in diesem Jahr wieder ihr Auftritt in der Philharmonie, diesmal am 21. November mit Meisterwerken des 20. Jahrhunderts.

Das Duo und sein Salon gehören mittlerweile zum festen Bestandteil der Berliner Kulturszene.

Sehr gerne nimmt es Anfragen und Reservierungen entgegen unter 030 488 255 33 oder 0163 345 29 94.

Matthias Herold

Ieoh Ming Pei und der 9. November

Der schicksalsreiche 9. November erinnert an viele unterschiedliche Ereignisse der deutschen Geschichte: die Ausrufung der Weimarer Republik, den Hitler-Ludendorff-Putsch, die Reichspogromnacht gegen Juden und den Fall der Berliner Mauer. Das Deutsche Historische Museum, kurz DHM, öffnet am 9. 11. kostenfrei mit Führungen seine Tore. Genaugenommen den sogenannten Pei-Bau, denn das barocke Zeughaus wird immer noch saniert.

Bundeskanzler Kohl umging in den 1990ern die verblüffte Fachwelt und überredete (ohne öffentliche Ausschreibung!) den Schöpfer der Glaspyramide des Musée du Louvre, den chinesisch-amerikanischen Architekten Ieoh Ming Pei, mit der Realisierung des Zeughausanbaus. Bevor Pei zusagte, wollte dieser sichergehen, dass ihm das angebotene Grundstück hinter dem barocken Zeughaus überhaupt Raum für eine gute Architektur bot. Es heißt, dass er unerkannt stundenlang um das Kastanienwäldchen, das Zeughaus und die Museumsinsel wanderte, um die historische Kulisse auf sich wirken zu lassen. Offensichtlich förderlich war dabei der Blick auf die Rückseite der Neuen Wache von Schinkel, den er dank seiner Verehrung für Mies van der Rohe schätzte. Pei studierte u.a. bei Walter Gropius und steht für klare geometrische Grundformen und die Inszenierung des Lichts. Man mag es (gerade in Berlin) kaum glauben: Termingerecht und unter Budget wurde 2003 die filigrane Stahl-Glas-Fassade übergeben. Wer den sogenannten „Leuchtturm" bei Nacht erleben möchte, dem sei auch der Besuch des Zeughauskinos anempfohlen. Seit Anfang 2023 befindet sich das Kino, in dem besondere Filmreihen präsentiert werden, in einer Interimsspielstätte – im Pei-Bau.

Simone Hahn



Berlin für Berliner

Kostenfreie Themenführungen

anlässlich des 9. Novembers im Deutschen Historischen Museum

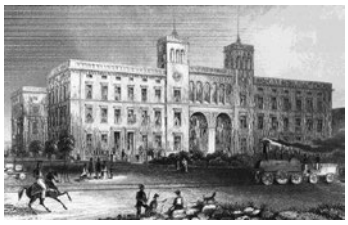
um 12 Uhr, 13 Uhr, 14 Uhr und 15 Uhr

im **Pei-Bau,** Hinter dem Gießhaus 3, 10117 Berlin

Öffnungszeiten: tgl. 10:00–18:00

Ein Jubiläum mit Musik

Ein Jubiläum steht an: 1996 öffnete der **Hamburger Bahnhof** in der Invalidenstraße 50 erstmals seine Türen und etablierte sich seither als eines der wichtigsten Häuser für zeitgenössische Kunst in Deutschland und Europa. Höhepunkt des Jubiläumsjahres ist das Festwochenende vom **14. bis 15. November 2026**. Von Samstag, 11 Uhr, bis Sonntag, 18 Uhr, bleibt das Museum 30 Stunden lang durchgehend geöffnet. Ein Blick ins Programm lohnt. *https://www.berlin.de/events/10007437-2229501-30-jahre-hamburger-bahnhof.html*



80 Jahre DEFA: Einmal im Monat gab und gibt es im renovierten **Kino International** einen alten DEFA-Film zu sehen. Trotz der etwas seltsamen Zeit (sonntags, 11 Uhr) war der Zuspruch bisher ausgesprochen groß. Am **15. November** wird Konrad Wolfs autobiographischer Film „Ich war neunzehn" gezeigt. Die Geschichte vom gebürtigen Deutschen Gregor, der mit 19 Jahren als Soldat der Roten Armee in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs in sein Geburtsland zurückkehrt, hat Generationen gefesselt. In diesen trüben Zeiten tut ein Blick zurück manchmal not. Ob die Reihe fortgesetzt wird? Das steht leider noch nicht fest. Wünschenswert wäre es allemal. *https://www.yorck.de/specials/80-jahre-defa-ich-war-neunzehn*



Die von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin veranstalteten **Jüdischen Kulturtage** finden auch 2026 vom **12. bis 22. November** an verschiedenen Orten in ganz Berlin wieder statt. Die Intendanz übernimmt der Kulturmanager Abraham Toubiana. Gemeinsam mit der Kulturdezernentin der Jüdischen Gemeinde Sara Nachama wird er ein buntes Programm auf die Beine stellen, das die zahlreichen Facetten der jüdischen Kultur repräsentiert. Das Motto der 39. Jüdischen Kulturtage lautet „Zaddikim – Zeit für Gerechte". *https://www.juedische-kulturtage.org/programmjkt*



In dieser Ausgabe wurde es schon erwähnt: Am **21. November** (15 Uhr) ist es wieder soweit. Das von uns geschätzte **Duo Cello Capriccioso** veranstaltet sein mittlerweile traditionelles Konzert in der **Berliner Philharmonie**. Diesmal gibt es Werke von Ernest Bloch**,** Sergej Prokofjew**,** Bohuslav Martinů und Dmitri Schostakowitsch zu hören. *Karten* zwischen *29 und 52 Euro* sind noch erhältlich. Bei der bekanntermaßen hohen Klangkultur des Duos und der tollen Akustik in der Philharmonie ein Muss für den geneigten Klassik-Fan. *https://www.visitberlin.de/de/event/duo-cello-capriccioso*

Weihnachten hat sich angekündigt, hörte

RAMSES

Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände vor der Umsetzung – Bundesregierung tobt

Mit dem Abschluss der Sondierungen steht fest: eine linksgeführte Koalition wird die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände in Berlin umsetzen. Sie kommt damit dem Willen der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner nach, die sich 2021 in einem Volksentscheid dafür ausgesprochen hatten.

Die langwierig verhandelte Grenze eines Bestands von 10.000 Wohnungen, ab der vergesellschaftet werden soll, führt zwar zu einer Reduktion von 210.000 auf 156.000 zu überführenden Wohnungen. Trotzdem ist eine erstmalige Anwendung des Artikel 15 des Grundgesetzes eine Zäsur, die in ihrer symbolischen und materiellen Wirkung kaum zu überschätzen ist. Die Botschaft lautet: es ist kein Naturgesetz, dass alles der Profitmaximierung unterworfen wird. Sondern unsere Verfassung ermöglicht auch den umgekehrten Weg: wir entreißen unser Zuhause dem Kapitalmarkt. Diese Botschaft geht weit über Berlin hinaus und sie wurde verstanden: von den Lobbyverbänden, von FDP, Union und AfD und auch von den Springermedien.

Die Kampagne wurde immer schriller: selbst Friedrich Merz und diverse Bundesminister*innen nutzten unrechtmäßigerweise ihre Regierungsaccounts, um gegen die Linke Stimmung zu machen. Vorläufiger Höhepunkt ist die Ankündigung des bayrischen Ministerpräsidenten Söder, den Länderfinanzausgleich mit einer so genannten „Extremismusklausel“ zu versehen und Berlin „den Geldhahn zuzudrehen.“ Abgesehen davon, dass vollkommen unklar ist, wer diesen Extremismus definiert, wäre das Vorhaben vermutlich verfassungswidrig. Der Länderfinanzausgleich hat Verfassungsrang.

Ebenso rechtlich grenzwertig ist die Ankündigung von Innenminister Dobrindt (CSU), ein Gesetz zur Verhinderung der Umsetzung des Artikels 15 auf den Weg bringen zu wollen. Klar ist: das Land Berlin sollte dieses Gesetz vor das Bundesverfassungsgericht bringen. Es wird dort keinen Bestand haben.



Die Botschaft der Vergesellschaftung erreicht jedoch auch die Menschen, die von ihr profitieren: vor allem die Jüngeren. Selbst bundesweite Umfragen sehen bei den unter 40-jährigen deutlich mehr Zustimmung als Ablehnung der Vergesellschaftung.

Formal geht es „nur“ um die Bildung einer Landesregierung. Aber faktisch wird diese linksgeführte Koalition durch die Vergesellschaftung das Zeichen setzen: der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.

Tobias Schulze,
Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus

Kaffee und Kultur: Neustart für das Parkcafé Rehberge

Wer durch die Rehberge spaziert, findet dort allerhand Stadtnatur, Sportplätze und die Catcherwiese. Was fehlt, ist ein Ort zum Ankommen: ein Kaffee nach der Runde im Park oder auch ein Treffpunkt für Jugendliche aus dem Kiez. Genau das soll das seit 2014 leerstehende Parkcafé Rehberge wieder werden. Dass der Leerstand jetzt enden kann, ist vor allem der hartnäckigen Nachbarschaftsinitiative zu verdanken.

Was wenige wissen: Das Haus an der Catcherwiese blickt auf fast einhundert Jahre Weddinger Geschichte zurück. 1929 als Umkleidehaus mit Waschräumen und Erfrischungsraum erbaut, kamen 1950 Küche, Schankraum sowie ein großer Saal hinzu. Am Wochenende wurde hier gegessen, gefeiert und getanzt. Doch nach dem Tod des Pächters folgte Ende 2014 das traurige Aus. Später drohte gar der Abriss, allein der Denkmalschutz rettete das Gebäude. Leben zog dennoch keines mehr ein - bis jetzt.

Im September unterzeichneten Bezirk und die Initiative Parkcafé Rehberge e.V. endlich den Nutzungsvertrag: für 25 Jahre, mit Option auf fünf weitere. Rund 700.000 Euro hat die Lotto-Stiftung für die Sanierung in Aussicht gestellt, eine Baugenehmigung liegt vor. Doch bevor die Initiative bauen kann, muss der Senat den Bauplänen noch zustimmen.

Bis hierhin war es ein hartes Stück ehrenamtlicher Arbeit. 2021 gründete sich die Initiative, entwickelte Pläne, beschaffte Gutachten und sammelte Geld. Weil das Haus verschlossen war, nutzte sie kurzerhand die Terrasse mit Jam Sessions, Picknicks, Hochbeeten. Langfristig soll kein schickes Ausflugslokal entstehen, sondern ein gemeinwohlorientiertes Café mit Kulturangeboten sowie ein selbstverwalteter Raum für Jugendliche. Das ist ein Erfolg, gleichzeitig auch ein Armutszeugnis für eine Verwaltung, die Engagement jahrelang vertröstet hat.

Die Linke fordert: Schluss mit dem Hinhalten! Der Senat muss den Bauplänen jetzt zustimmen und der Bezirk muss das Projekt verlässlich begleiten. Der Erhalt des Gebäudes und dessen soziale Nutzung sind öffentliche Aufgaben. Jugendraum, nicht-kommerzielle Angebote sowie offene Nutzung müssen dauerhaft und verbindlich vor Privatisierung geschützt werden.

Tobias Matschukat

Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

Zum 100.	Günter Gumpel
Zum 97.	Dina Lask
Zum 88.	Bärbel Siegmund, Günther Heimann, Wolfgang Ulke
Zum 85.	Hilde Ettinger, Gertraude Meisel
Zum 84.	Hans Coppi
Zum 75.	Stefan Bentzien

DAS IST DAS LETZTE

Ab und an habe ich so eine soziale Ader. Da möchte ich meine Mitmenschen irgendwie klüger machen, auf dass Weisheit sich ihres leeren Gedankenkastens bemächtige. Wenn es denn geht!

„In dieser Lektion sprechen wir über Deutungshoheit“, begann ich die heutige Unterweisung. „Ach, du musst nicht unbedingt Hoheit zu mir sagen, Ronnie reicht völlig.“ Der Orangene wirkte irgendwie gebauchmiezelt. Oje, das wird nicht einfach! „Nein, das ist nicht gemeint. Wenn ich sage: ‚Ich bin ein spaßbeseelter, rotweintrinkender Antitrumpist‘, dann habe ich überhaupt nichts gegen Trompeter.“ „Na, da haben die aber nochmal Glück gehabt, die Trompeter.“ Ich fuhr fort: „Auch, wenn ich sage, ich halte den Pseudomusikanten Schlumpi Murkel mit seiner burgenländischen Blechtröte für einen verkappten Wolpertinger, dann habe ich nichts gegen Trompeter an sich.“ Ronnie war dem Kern des Pudels auf der Spur: „Trompeter sind alle doof?“ Schwer schlug mein Kopf auf die Tischplatte. „Nein, Ronnie, was können der geniale Miles Davis oder Ludwig Güttler für Schlumpi Murkel und die anderen Volksmusikhopser? Nichts!“ Aber das orangene Männchen war jetzt nicht mehr zu stoppen: „Du findest den Schlumpi doof, du bist ein Trompeterhasser.“ Ich verzweifelte: „Wer entscheidet denn das?“ „Mal sehen, da wären Gott, ich natürlich und die Medien, wobei die Reihenfolge noch ausgewürfelt werden muss.“ Breit grinsend zog er eine Spielzeugtrompete hervor und begann „God save the King“ zu blasen. Ich setzte zum letzten Versuch an: „England liegt in Europa und gehört nicht zu dir.“ „Da bin ich mir nicht so ganz sicher, kann sich ja alles ändern, warten wir die Midterms ab. Pantalong rhein, wie man so sagt.“ Ronnie war ob seiner gediegenen Bildung schier aus dem Häuschen. Ich brach die Lektion entnervt ab. Beim nächsten Mal werden wir über das Zuhören sprechen. Das ist auch so eine aus der Mode kommende Angewohnheit.

RAMSES

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204 **E-Mail-Adresse:** info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.R.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus) besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 28.10.2026
Ausgabetag für Nr. 12/2026 – 03.12.2026

Der Hetzkampagne nicht beugen

Die Antisemitismuskampagne gegen unsere Partei widert mich an. Sie ist verlogen und nur einem Zwecke dienend: Die Linke zu delegitimieren, um ihren Einzug ins Rote Rathaus zu verhindern. Ich sehe eine Regierungsbeteiligung nicht ohne Skepsis. Doch meine Zweifel stehen meiner rigorosen Ablehnung der gegen uns entfachten Hetze nicht im Wege. Wir erleben eine Farce: Die Nazi-Wegbereiter aus der sogenannten bürgerlichen Mitte attackieren die antifaschistische Linke und übernehmen zugleich die rassistischen Forderungen der AfD. Und setzen sie um – so im Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Die Doppelzüngigkeit der uns des Antisemitismus bezichtigenden bürgerlichen Mitte lässt sich an vielen Beispielen beweisen. Eines davon: Im September 2023 verlautbarte Marcus Söder, Aiwanger als stellvertretenden Ministerpräsidenten nicht zu entlassen, weil seit den in seiner Jugendzeit bei ihm gefunden Flugblättern nichts Vergleichbares mehr geschehen sei. Aiwangers Pamphlet lobt unter der Überschrift »Bundeswettbewerb ›Wer ist der größte Vaterlandsverräter‹« zu »gewinnende Preise« aus, darunter: »Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz, ein kostenloser Genickschuss, kostenlose Kopfamputation durch Fallbeil, eine Fahrkarte in die ewigen Jagdgründe (Erfüllungsort: das Vergnügungsviertel Auschwitz …)«. Aiwanger soll auch hin und wieder den Hitlergruß gezeigt haben. Alles verjährt! Derselbe Söder, der derartiges als Jugendsünde durchgehen lässt, nennt Die Linke »tief antisemitisch«. Das ist verkommen und eigentlich behandlungsbedürftig.

Wir dürfen uns dieser Hetze nicht beugen. Jüdinnen und Juden müssen unsere Partei nicht fürchten. Die Verurteilung des durch die in Israel Herrschenden verübten Genozids in Gaza ist kein Antisemitismus, es ist eine vom Humanismus diktierte Notwendigkeit. Die Beschlusslage in der Linken ist eindeutig: Antisemitismus wird uneingeschränkt verurteilt. Doch niemand kann von uns erwarten, dass wir aus Angst vor Antisemitismusvorwürfen zu Kriegsverbrechen schweigen.

Zugleich wissen wir, dass es Parteimitglieder gibt, die unsensibel mit der Nahost-Problematik umgehen; auf die wenigsten von ihnen trifft der Vorwurf zu, sie seien Antisemiten. Doch ihre Kenntnisse über die Geschichte des Nahost-Konflikts sind gering und wohl auch die über den Holocaust. »Israel verrecke« assoziiert »Juda verrecke« – das ist mehr als Empörung über Gaza. Solcherart Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Sie sind kein Kavaliersdelikt. Aus solchen Aussagen abzuleiten, Die Linke sei antisemitisch, bleibt eine bösartige Unverfrorenheit.

Ellen Brombacher

